Antifaschistischen Aktion die kämpfende rote Einheitsfront gegen den Klassenfeind herzustellen.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands wendet sich an die Anhänger der Sozialdemokratie, die auf Grund der Ereignisse selbst die Ueberzeugung gewinnen müssen, daß der Weg ihrer Führer, die Politik des Betruges mit dem „kleineren Uebel" der Arbeiterklasse den schwersten Schlag gebracht hat und daß nur

der Weg des außerparlamentarischen Massenkampfes,

die geeinte klassenbewußte Arbeiterschaft den Faschismus schlagen und einen neuen roten Vormarsch des deutschen Proletariats durchsetzen kann.

Jedes Zögern in dieser Stunde, jedes Zerschlagen und jede Sabotage der kämpfenden roten Einheitsfront heißt die Arbeiterklasse dem faschistischen Todfeind ausliefern!

Sozialdemokratische Arbeiter! Laßt euch nicht länger von euren Führern aus den Reihen der kämpfenden roten Einheitsfront fernhalten!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands wendet sich **an alle Werktätigen, die bisher durch die betrügerischen Versprechungen und die nationale und soziale Demagogie der Hitlerpartei für die faschistische Terrororganisation des Finanzkapitals eingefangen wurden.** Auch sie müssen erkennen, daß nur die Kommunistische Partei die Interessen aller Arbeiter und notleidenden Werktätigen vertritt — **auch sie müssen Seite an Seite mit der kämpfenden roten Einheitsfront gegen die kapitalistischen Ausbeuter und Unterdrücker den Kampf aufnehmen.**

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands wendet sich an die **ganze deutsche Arbeiterklasse und brandmarkt die in den letzten Tagen von der nationalistischen und sonstigen bürgerlichen Presse aller Schattierungen — unter offener Unterstützung der sozialdemokratischen Presse —**

eingeleitete Verbotshetze

gegen die Partei des deutschen Proletariats, die Kommunistische Partei und den Kommunistischen Jugendverband! Die frische Hetze, die die Kommunisten als „Beauftragte einer fremden Macht" bezeichnet, die den Kommunisten, die in ganz Deutschland den Kampf gegen den blutigen Terror führen, ihrerseits „Terrorakte und Gewalttaten" unterschiebt, ist ein **untrennbarer Bestandteil der allgemeinen Offensive der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterklasse und alle Werktätigen.** So wie die Kommunistische Partei zu jeder Stunde und unter allen Bedrängungen den Kampf für die Klasseninteressen und Klassenziele des Proletariats mit fester Entschiedenheit fortsetzt und fortsetzen wird, so muß die ganze deutsche Arbeiterklasse und das werktätige Volk **sich einiger und geschlossener um ihre Partei, die Partei der deutschen Arbeiter, die Kommunistische Partei Deutschlands scharen und sie in ihrem Kampf gegen den Anschlag des Klassenfeindes mit der Kraft der Millionenmassen Arbeiter unterstützen.**

Mit dem verschärften faschistischen Kurs der deutschen Bourgeoisie wächst sogleich

die Gefahr des imperialistischen Krieges.

Die militaristische Politik der Reichswehrgenerale, die schamlose nationalistische Hetze der Hitlerpartei, ihre offenen Kriegspläne gegen die Sowjetunion und die Aufrüstungspolitik der Trustbourgeoisie, werden in den nächsten Wochen verstärkte Formen annehmen.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands ruft alle deutschen Arbeiter und Werktätigen **zum revolutionären Massenkampf gegen den imperialistischen Krieg auf. Jeder Angriff auf das Land des Sozialismus, die Sowjetunion, jede Bedrohung des Landes der proletarischen Diktatur richtet sich zugleich gegen die deutsche Arbeiterklasse und gegen ihren Kampf zur Befreiung aus den Fesseln der Versailler Knechtschaft.**

Die Mobilisierung der Millionen zur Herstellung der gemeinsamen Kampffront in den Betrieben, auf den Stempelstellen, in Stadt und Land für die Antifaschistische Aktion ist das dringendste Gebot der Stunde. Ueberall gilt es Einheitsfrontausschüsse der Antifaschistischen Aktion zu schaffen, die vom Kampfwillen der Massen getragen werden müssen!

Zur Unterstützung des Lohn-, Gehaltsabbaues und der Kriegsrüstungen

„Mit dem roten Spuk aufräumen!"

Infame Hetze der DAZ, der Berliner Börsenzeitung und des Völkischen Beobachters gegen die rote Einheitsfront der Arbeiterklasse und die KPD

Im Interesse der weiteren Lohnkürzungen und des Sozialabbaues, die jetzt durchgeführt werden sollen, wird offenbar auf Anordnung des Finanzkapitals die neue Hetze gegen die rote Einheitsfront und die KPD verstärkt fortgeführt. So schreibt die großkapitalistische „Deutsche Allgemeine Zeitung" vom 29. 5. zu den **Hungerrevolten in Deutschland:**

„Uns scheinen auch diese eines Kulturstaates unwürdigen Verhältnisse ein Argument dafür zu sein, daß mit möglichster Beschleunigung in Preußen eine starke Staatsgewalt geschaffen **werden muß, die mit diesem roten Spuk endlich aufräumt.** Diese Forderung wird noch unterstrichen dadurch, daß die Sowjetjünger in letzter Zeit nicht einmal mehr davor zurückschrecken, das Gastrecht **auswärtiger Diplomaten** zu verletzen, indem sie zum Beispiel durch Steinwürfe in die Amtsgebäude und Privatwohnungen **japanischer Vertreter** für Moskau **demonstrieren**."

Nicht der Hunger von Millionen Erwerbslosen ist „eines Kulturstaates unwürdig", sondern die **Rebellion** gegen den Hunger. Sehr bezeichnend ist dabei die **Inschutznahme der japanischen Kriegsverbrecher durch die DAZ.**

Die „Berliner Börsenzeitung", eines der schamlosesten Ausbeuterblätter, benutzt die Mobilisierung der Arbeiter im Ruhrgebiet gegen den Lohnabbau, und den Kampf der rheinischen Erwerbslosen gegen Unterstützungsabbau zu einer Hetze gegen die KPD unter der Ueberschrift „Rote Gefahr über Deutschland". Das Blatt phantasiert dabei solche Dinge zusammen:

„Es unterliegt jedoch kaum einem Zweifel, daß sowohl Waffen aller Art, von der 08-Pistole bis zum Infanteriegewehr als auch Maschinengewehr als auch Sprengstoffe höchster Brisanz, den kommunistischen Befehlsstellen zur Verfügung stehen."

Das Blatt fordert: „Schutzhaft" gegen die Funktionäre der KPD.

Wie die schwerindustrielle DAZ und die „Berliner Börsenzeitung" gegen die rote Einheitsfront, die KPD und Moskau hetzen, so auch das Zentralorgan der NSDAP, der Terror- und Streikbruchorganisation der Schwerindustrie. Dieses Organ, der „Völkische Beobachter", schreibt am 29./30. Mai:

„Die KPD ist eingestandenermaßen nur eine Sektion der Moskauer Internationale, ist ein Werkzeug eines fremden Staates. Als ein solches dürfte sie in einem anderen, aus seine Souveränität noch etwas gebenden Staat überhaupt keine Daseinsberechtigung, geschweige denn das Recht, in den gesetzgebenden Parlamenten vertreten zu sein, haben.

Augenblicklich läßt sich an der ganzen staatsrechtlichen Lage noch nichts ändern. Es bleibt dem neuen Präsidenten des Preußischen Landtages nur übrig, zu überlegen, wie er die Provokateure, Schimpfer und Strolche innerhalb der KPD-Fraktion unschädlich macht: also die Pieck, Kasper usw., d. h. alle jene, die am Mittwoch den unerhörten Tumult hervorriefen."

Den wahren Provokateuren und Strolchen, den NSDAP-Führern, den Hitler, Goebbels und Co., geht es darum, im Interesse des Finanzkapitals, von dem die NSDAP finanziert wird, die rote Einheitsfront zu schwächen. Diesen Ausbeuterlakaien sei gesagt, daß **die Arbeiter auf die Nazidrohungen pfeifen und erst recht die Antifaschistische Aktion durchführen und gegen das Kapital, gegen Lohn- und Sozialabbau, Faschismus und Kriegsverbrechen kämpfen** werden. Und die Sowjetunion ist für die Arbeiterklasse kein „fremder Staat", sondern ihr eigenes Vaterland. Mögen die Hitler und Goebbels die Gelüste der deutschen und ausländischen Kapitalisten beschützen, **die Arbeiter werden in roter Einheitsfront mit der KPD gegen das Kapital und seine Lakaien vorgehen und ihr Vaterland, die freie sozialistische Sowjetunion mit allen Mitteln verteidigen.**

In diesem Kampfe wird es auch die Arbeiterschaft verstehen, ihre revolutionäre Führung, die Kommunistische Partei, gegen alle Angriffe und Unterdrückungsmaßnahmen der Bourgeoisie zu beschützen.

Sozialdemokratische Klageweiber

SPD-Presse für bedingungsloses Weitertolerieren. Sie verlangt Regierungsbeteiligung der Nazis

Das schnelle Ableben der Brüningregierung Nr. 2 hat die sozialdemokratischen Führer als berufsmäßige Klageweiber auf den Plan gerufen, die nun am Grabe der in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft großgezüchteten Illusionen stehen und Krokodilstränen weinen. Denn es ist ja ihr Hindenburg, der ihrer Brüningregierung den Stuhl vor die Türe gesetzt hat, um den Weg freizubekommen zu einer noch stärkeren Konzentration aller faschistischen Kräfte.

Wenige Wochen nach jenem Präsidentenwahlkampf, in dessen Verlauf der kaiserliche General v. Hindenburg von den sozialdemokratischen Führern in tausenden Variationen als das „Bollwerk gegen den Faschismus" gepriesen und die sozialdemokratischen Arbeiter für seine Wiederwahl mißbraucht wurden, erklärt die „Dresdner Volkszeitung" unter dem Eindruck des Rücktritts der Brüningregierung im Leitartikel ihrer gestrigen Ausgabe:

„Daß es für die Existenz einer Reichsregierung ausschlaggebend ist, ob der Reichskanzler das Vertrauen des Reichspräsidenten genießt oder nicht, ist ein böses Zeichen dafür, wie weit wir in Deutschland schon gekommen sind, wie weit wir uns schon von dem verfassungsmäßigen Zustand entfernt haben."

Die SPD-Führer flüchten sich immer **dann zu dem Zerrbild der Verfassung, wenn sie von der unter ihrer tatsächlichen Mitarbeit** gewachsenen faschistischen Reaktion schändliche Ohrfeigen erhalten. Diese Meisterdemagogen stellen jetzt die Frage des wechselseitigen Vertrauens von Reichstag und Präsident in den Vordergrund und verschweigen — auf die Vergeßlichkeit ihrer Arbeitermitglieder spekulierend — die Tatsache, daß **Hindenburg ihr unbedingtes Vertrauen hatte und heute noch besitzt.** Derselbe Hindenburg, der bereits kurz vor seiner Wiederwahl in seinem Aufruf erklärte, daß er mit „Gottes Hilfe" alle nationalen Kräfte heranziehen werde, um dem „Vaterlande zu dienen. Dieser Standpunkt des Generals war auch den sozialdemokratischen Führern bekannt und sie wußten natürlich ebenso genau, daß er nur in der Richtung verstanden werden konnte, eine größtmögliche Konzentration aller faschistischen Kräfte herbeizuführen. Sie haben das damals ihren Arbeitermitgliedern bewußt verschwiegen, um die Tatsache zu verschleiern, daß sie eben **als sozialfaschistische Gehilfen der Bourgeoisie bedingungslos diesen Weg mitgehen.**

Und heute will die Dresdner Volkszeitung die Arbeiter über den Charakter der gegenwärtigen Regierungspolitik täuschen, indem sie vom „widerspenstigen Reichspräsidenten" redet, der die Krise ins Rollen gebracht habe. Kein Wort vom faschistischen Kurs der Gesamtbourgeoisie, kein Wort über die tieferen Ursachen, die die brutalere Kapitalsdiktatur gegen die Arbeiterklasse bedingen.

Und weil die sozialdemokratischen Führer auch in Zukunft weiter tolerieren werden und mit dem Schwindel vom „kleineren Uebel" von Stufe zu Stufe die unumschränkte faschistische Kapitalsdiktatur fördern werden, deshalb ziehen sie auch aus der jetzigen Situation erneut die Konsequenz, wie sie Karl Böchel in der Chemnitzer „Volksstimme" zum Ausdruck bringt. Ausgehend von dem Ergebnis der Oldenburger Wahlen nimmt dort einer der Führer der ehemals „linken" sächsischen SPD zu den Problemen der Taktik der SPD Stellung und erklärt:

„Für uns aber ist die Frage gestellt, ob wir die bisherige Taktik der Absperrung der Nationalsozialisten von der Regierungsbeteiligung und damit von der Verantwortung so lange fortsetzen wollen, bis sie in der günstigen Stellung der Opposition und der Unverantwortlichkeit so stark geworden sind, daß sie auch im Reich nach etwaigen Neuwahlen eine Macht darstellen, die allein oder mit den Deutschnationalen zusammen zu regieren imstande wäre; wobei sie sich die Ministerien zur Faschisierung des Staates natürlich aussuchen könnten.

Oder ob man ihnen jetzt einen Teil des Weges freigeben soll, um sie unter der Kontrolle des Zentrums mit Verantwortung zu belasten und den schweren Weg nach Canossa gehen zu lassen."

So bereiten sie also den Weg vor, der zur Tolerierung einer faschistischen Regierung unter Einbeziehung der Nazis führt und von Breitscheid bereits wiederholt angekündigt wurde. Darum sind die Schlußfolgerungen, die die sozialdemokratischen Führer aus der jetzigen Situation ziehen und die leitartikelnden der Dresdner Volkszeitung geitern noch der Mut fehlte.

Die sozialdemokratischen Arbeiter dürfen den Weg des „kleineren Uebels" auch nicht einen Schritt weiter mitgehen. Sie sollen an das ungeheure Betrugsspiel ihrer Führer im Präsidentenwahlkampf denken durch das Hindenburgs Wiederwahl ermöglicht wurde, der den Nazis jetzt alle Tore zur legalen Machtergreifung öffnet. Die SPD-Arbeiter und Reichsbannerarbeiter müssen begreifen, daß sie unter der klaren Kampfparole der Kommunisten, Klasse gegen Klasse, die rote Einheitsfront formieren müssen, um die Antifaschistische Aktion der deutschen Arbeiterklasse gegen Kapitalsdiktatur und imperialistischer Kriegs- und Rüstungspolitik zu entfalten. Der Kampf gegen die faschistischen Gewalthaber liegt außerhalb der Parlamente, in den Betrieben und Stempelstellen!

Wettervoraussage. [illegible] Winde aus [illegible] lichen Richtungen. Langsame Bewölkungsabnahme. Keine [illegible] Nebelbildungen. Tagsüber etwas wärmer. Abnahme der Gewitterneigung. Aufhören der Niederschläge, doch am Mittwoch Aufreten von Gewittern nicht ausgeschlossen, besonders mit gewitterartigem Charakter nicht ausgeschlossen.

Kampferfolg Thüringer Erwerbsloser

Kürzung der Wohlfahrtsunterstützungen von der Regierung einstweilen zurückgezogen

Erfurt, den 30. Mai

In der Landtagssitzung vom Sonnabend mußte der reaktionäre Innenminister Kästner unter dem Druck des Massenkampfes der Thüringer Erwerbslosen mitteilen, daß die Regierung beschlossen habe, einstweilen die bereits angeordnete Kürzung der Unterstützungssätze zurückzustellen. Für die Dauer der Etatberatungen werden die alten Sätze weitergezahlt.

Dieser Beschluß der thüringischen Regierung ist ein großer Erfolg der roten Kampffront der Thüringer Erwerbslosen. Die reaktionäre Landesregierung von Thüringen wurde durch die rote Einheitsfront zum Rückzug gezwungen, ein Zeichen für die ganze Arbeiterklasse, daß selbst in den Zeiten der schärfsten Krise Kampferfolge errungen werden können. Formiert darum überall die rote Einheitsfront! Schließt in Betrieb und Stempelstelle die Reihen zur Abwehr aller Angriffe auf Löhne und Unterstützungssätze! Vereint werdet ihr alle faschistischen Anschläge zurückschlagen!

Unternehmerangriff zurückgeschlagen

Lohnabkommen im Ruhrbergbau auf zwei Monate verlängert

Essen, den 30. Mai.

Im Tarifstreit im Ruhrbergbau fällte der Schlichter am Montag einen Schiedsspruch durch den die Lohnordnung um zwei Monate verlängert wird. Da die Unternehmer diesen Schiedsspruch ablehnen, sind für Donnerstag im Reichsarbeitsministerium Nachverhandlungen angesetzt.

Dieser Schiedsspruch, der keineswegs die Forderungen der Ruhrarbeiter erfüllt, ist trotzdem ein Erfolg, der unter dem Druck der roten Einheitsfront zustande gekommen ist. Die Kohlenbarone, die einen größeren Lohnabbau fordern, kamen nicht auf ihre Rechnung. Der Unternehmerangriff ist einstweilen an der Kampffront der Ruhrbergarbeiter gescheitert. Ein Ansporn für die ganze deutsche Arbeiterklasse, die Kräfte zum vereinten Schlagen gegen die Ausbeuterklasse, zusammenzufassen. Mit der Waffe des Massenstreiks wird es gelingen, nicht nur die Unternehmerangriffe zurückzuschlagen, sondern zum Angriff gegen die Reaktion vorzugehen.

Gemeindearbeitertarif verlängert

Beseitigung der Lohnschutzklausel

Wie uns mitgeteilt wird, ist der Lohntarif für die Gemeindearbeiter Sachsens **bis 31. Oktober 1932 verlängert** worden. Er kann erstmalig am 30. September gekündigt werden.

Als Gegengabe für die Verlängerung des Lohntarifs hat die Gewerkschaftsbürokratie dem **Wegfall der Lohnschutzklausel** zugestimmt, was für verschiedene Arbeitergruppen einen glatten **Lohnabbau** bedeutet. Darüber hinaus wurden die **Lohnsätze für die Arbeiter der mittleren und kleinen Gemeinden um 5 bis 12 Pfennig herabgesetzt.**

Die Gemeindearbeiter müssen in allen Betrieben und Abteilungen zu diesen Tarifverschlechterungen Stellung nehmen und **ihre Durchführung verhindern.**

Städte unweit der Sowjetgrenze besetzt

Aufstände im Rücken der Japaner

Nach der Besetzung von San-Sin sind die japanischen Truppen weitermarschiert und besetzten Jugdin am Flusse Sungari, unweit der Sowjetgrenze.

In Charbin ist abermals ein Aufstand der mandschurischen Truppen ausgebrochen, die unter dem Kommando des Generals Tschanchaidpen stehen. Da die chinesischen Truppen sich weigerten, gegen die Meuterer vorzugehen, wurden japanische Armeeteile herangezogen, die mehrere Meuterer erschossen.

Nazi ermitteln eignen Parteigenossen

Ein nationalsozialistischer Erwerbsloser, dessen Kind krank ist, sollte aus seiner Wohnung, Silcher Straße in Schwanheim, ermittiert werden. Als die Stunde der Exmittierung kam, stellte sich eine große Anzahl kommunistischer Arbeiter dem Erwerbslosen zur Verhinderung der Exmittierung zur Verfügung. Aber seine Parteigenossen, die sich in seiner Wohnung befanden, lehnten die Verhinderung ab. Die Nazis schleppten die Möbel noch auf die Straße, wo sie im Regen standen, bis der Möbelwagen kam. **Die Nazis vollbrachten diese Arbeit unter Aufsicht des Gerichtsvollziehers.**